

Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 105 (1972)
Heft: 4

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Soll der Herbstschulbeginn den BLV schwächen?

Die Öffentlichkeit befasst sich intensiv mit dem Koordinationsgesetz und dem Übergangsdekret. Mit besonderer Aufmerksamkeit werden alle Äusserungen der Lehrerschaft verfolgt und in der Presse kritisch kommentiert. Die Lehrerorganisationen, besonders der BLV, stehen vor einer weiteren Bewährungsprobe, von deren Ausgang viel abhängt. Gefahren, sie nicht zu bestehen, sind vorhanden, zeigen doch schon erste Reaktionen auf die publizierten Gesetzes- und Dekretsentwürfe, dass im Eifer des Gefechts wenig Rücksicht auf vereinspolitisch kluges Vorgehen genommen wird. Sektionen und Kollegien fassen Resolutionen, welche alsbald der Presse oder öffentlichen Instanzen zufliessen und so den Eindruck hervorrufen, sie vertraten die Meinung der Gesamtlehrerschaft.

Wenn solches Verhalten im Verlauf des Abstimmungskampfes zur Regel wird, ist jede Stellungnahme des Kantonavorstandes zum voraus entwertet, und die Öffentlichkeit wird zur Kenntnis nehmen, dass die leitenden Organe des Lehrervereins von den Mitgliedern nicht ernst genommen werden. Die Folgen dieses Eindrucks werden wir alle bei den verschiedensten Gelegenheiten zu spüren bekommen.

Deshalb sei die folgende Bitte an alle gerichtet, die sich an der Diskussion beteiligen wollen: Denken Sie mit, bringen Sie Bedenken und Kritik an, aber tun Sie dies innerhalb des Vereins; desavouieren Sie nicht den Kantonavorstand in aller Öffentlichkeit. Wir sind nach wie vor auf solche Meinungsaussellungen innert nützlicher Frist angewiesen und dafür dankbar. Vom Eindruck, den der Lehrerverein bei Gelegenheiten wie dieser hinterlässt, vom Ansehen, das die Lehrerschaft gewinnt oder verliert, wird der Erfolg unserer Anliegen weitgehend abhängen.

F. Zumbrunn
Präsident des KV BLV
K. Vögeli
Präsident des LA BLV

Vorgeschlagen: 3 Kurzschuljahre

Interview des Berner Schulblattes (Redaktoren Hans Adam und Francis Bourquin) mit Urs Kramer, Vorsteher der Abteilung Unterricht der Kantonalen Erziehungsdirektion

BS: Unsere Leser sind orientiert, dass die parlamentarische Kommission, die sich mit der Änderung des Primar- und Mittelschulgesetzes zu befassen hat, dem Grossen Rat als Übergangslösung zum geplanten Schulbeginn im Spätsommer *drei Kurzschuljahre* empfiehlt. Der Grosse Rat wird demnächst (Februarssession) dazu Stel-

lung nehmen, und es darf wohl angenommen werden, dass er sich dem Kommissionsvorschlag anschliessen wird und nach der Volksabstimmung ein entsprechendes Dekret in Kraft tritt.

Es kann sich selbstverständlich jetzt nicht darum handeln, dass Sie uns jetzt noch einmal lang und breit die Kurzschuljahre erläutern. Wir möchten Sie vorerst fragen: *haben sich auch andere Kantone für diese Übergangslösung entschieden?*

U.K.: Nein, nur Bern. Wir müssen aber berücksichtigen, dass die meisten Kantone die achtjährige obligatorische Schulzeit kennen und nun im Begriffe sind, neun Schuljahre einzuführen. Für sie bedeutet ein Langschuljahr, also eine Erweiterung um ein halbes Jahr, einen sinnvollen Übergang zur neunjährigen Schulzeit; Kurzschuljahre, wie wir sie vorhaben, würden ihnen die Schulpflicht auf 7 1/2 Jahre reduzieren, was kaum zu verantworten wäre. Die bernischen Schüler werden also trotz Verkürzung ihrer Ausbildungszeit immer noch gleich lange zur Schule gehen wie die Schüler der meisten anderen Kantone.

BS: Es ist uns heute daran gelegen, von Ihnen ein paar Antworten auf Detailfragen zu erhalten. Wir setzen voraus, dass unsere Leser den Dekretsentwurf kennen; er ist veröffentlicht worden im Berner Schulblatt Nr. 47 vom 26. November 1971. Wir möchten vorerst fragen: hat sich an diesem Entwurf, nachdem ihn die parlamentarische Kommission durchberaten hat, etwas geändert?

U.K.: Ja, nämlich folgendes:

– Die beiden ersten Kurzschuljahre sollen zusammen mindestens 54 (bisher 55) Schulwochen, das dritte soll mindestens 33 (34) Schulwochen zählen. Dies gilt für Kindergarten und Primarschule. Auch für die Sekundar- und höheren Mittelschulen wurde die Unterrichtszeit um eine Woche gekürzt (mindestens 57 für die beiden ersten Kurzschuljahre zusammen und 34 für das dritte Jahr). Dadurch erfahren die Ferien gegenüber dem heutigen Zustand im ersten Kurzschuljahr keine Kürzung, und die Einbusse in den zwei folgenden Schuljahren wird insgesamt nicht vier, sondern nur zwei bis drei Wochen betragen.

– Als *schulpflichtig* gelten nun die Kinder mit folgenden Geburtsdaten:

a) für den deutschsprachigen Kantonsteil (mit Stadt Biel)

Schuleintritt	Geburtsdaten
1. 4. 72	1. 1. 65–31. 12. 65
1. 1. 73	1. 1. 66–31. 10. 66
1. 10. 73	1. 11. 66–31. 8. 67
15. 8. 74	1. 9. 67–31. 7. 68
15. 8. 75	1. 8. 68–30. 6. 69
15. 8. 76	1. 7. 69–30. 6. 70

b) für den französischsprachigen Kantonsteil (ohne Stadt Biel)

Schuleintritt	Geburtsdaten
1. 4. 72	1. 4. 65-31. 3. 66
1. 1. 73	1. 4. 66-31. 12. 66
1. 10. 73	1. 1. 67-30. 9. 67
15. 8. 74	1. 10. 67-31. 7. 68
15. 8. 75	1. 8. 68-30. 6. 69
15. 8. 76	1. 7. 69-30. 6. 70

– Abgesehen von näheren Bestimmungen der Termine für Aufnahmeprüfungen sowie der Verkürzung der Ausbildungszeit für angehende Lehrkräfte um höchstens 25 (bisher 24) Schulwochen während der Ausbildung in den drei Kurzschuljahren, wurden am Dekretsentwurf keine Änderungen mehr vorgenommen. Im übrigen spricht man nicht mehr von der Einführung des Schuljahrbeginns im Herbst, sondern im Spätsommer.

BS: Bitte wollen Sie uns noch einmal ganz kurz die Gründe nennen, warum die ED und die grossräumliche Kommission der Lösung Kurzschuljahre der Möglichkeit eines Langschuljahres den Vorzug gaben.

U. K.: Eigentlich genügte ein Hinweis auf die saubere Darstellung beider Varianten im Berner Schulblatt (Nr. 47 vom 26. November 1971). In Kürze also: Hauptgrund ist der Lehrermangel. In diesem Frühjahr werden wir im alten Kantonsteil rund hundert Lehrkräfte zu wenig haben, im Herbst werden es gegen 150 sein. Im Jura werden es gegen 20 im Frühjahr, entsprechend mehr im Herbst 1972 sein. Es gibt Kinder, die während ihrer neunjährigen Schulzeit 30, ja sogar 40 Lehrer hatten. Und immer trifft es dieselben Gemeinden, es mögen gegen hundert sein. Auf diese misslichen Zustände bei einer Minderheit nicht Rücksicht zu nehmen, wäre undemokatisch. Wir können nicht Schulen schliessen und solche einiger benachbarter Gemeinden zusammenlegen. Im Kanton Waadt, wo man die Gemeindeautonomie im Schulwesen nicht in dem Masse kennt, konnte dem Lehrermangel gesteuert werden, indem über 100 Klassen geschlossen wurden. Wir können nur Klassen innerhalb einer Gemeinde zusammenlegen oder Begehren um Neueröffnungen verweigern. Etwas anderes kann die Verwaltung nicht tun. Und wenn uns die drei Kurzschuljahre zusätzliche Lehrer verschaffen (in 2 Jahren 4½ Monaten werden 3 Jahrgänge ausgebildet), wogegen das Langschuljahr den Lehrermangel verschlimmern würde, die Kurzschuljahre zudem pädagogisch zu verantworten sind – warum sollten wir nicht zu dieser Lösung greifen?

BS: So möchten wir Ihnen denn gleich einige Bedenken äussern, die viele unter der Lehrerschaft, vor allem Lehrerinnen an der Unterstufe, haben. Wenn es heisst *auf allen Unterrichtsstufen werden die Unterrichtspensen den verkürzten Schulzeiten angepasst*: wer garantiert, dass diese Forderung eingehalten wird?

U. K.: Selbstverständlich werden die Inspektoren diesbezüglich wachsam sein. Wir wollen uns jedoch keinen Illusionen hingeben: Alles steht und fällt mit der Einstellung und der Arbeit der Lehrerschaft. Ob die drei Kurzschuljahre als Übergangslösung erfolgreich sein werden, hängt wohl vor allem vom guten Willen der Lehrerinnen und Lehrer ab. Dürfen wir aber diesbezüg-

lich nicht die besten Hoffnungen haben? Erinnern wir uns doch an die Kriegsjahre. Wieviel Schulausfall wegen Stellvertretermangel, wegen ausfallender Heizung, Truppenbelegung des Schulhauses u. a. gab es doch damals. Aber es ging, eben weil jeder sein bestes tat. Die schärfsten Kontrollen nützen nichts, wenn die Lehrerschaft nicht hilft. Und sie wird sicher helfen.

BS: Gelten die gekürzten Lehrpläne nur während der drei Jahre Übergangszeit? Uns scheint, sie müssten während neun Jahren gelten, denn dem Drittklässler kann nach drei gekürzten Schuljahren nicht ein gleiches Pensem serviert werden, wenn wir schon so sagen wollen, wie einem Drittklässler von heute, der eben ein halbes Jahr länger zur Schule gegangen ist; dasselbe gilt auch für den Viertklässler usw. Alle gegenwärtigen Schüler werden effektiv ja nur 8½ Jahre lang zur Schule gehen.

U. K.: Die gekürzten Lehrpläne werden für eine längere Periode gelten. Wichtig scheint uns die Gültigkeit vor allem für die Primar-Unterstufe, d. h. bis zum 4. Schuljahr, wegen der Übertritte in die Sekundarschule. Die Stoffreduktionen sind nicht so geplant, dass z. B. die musischen Fächer gekürzt werden; sie sollen die gleiche Lektionenzahl umfassen wie bisher. Es soll also nicht ein einzelnes Schulfach gestrichen, sondern der Stoff in allen Fächern soll gekürzt werden.

BS: Ein Dekret wird ja nur für die Kurzschuljahre ausgearbeitet. *Wie steht es mit den nachher gültigen Lehrplänen?* *U. K.:* Der neue Lehrplan für die Primarschulen wird diesen Frühling erscheinen; er tritt aber erst nach den Kurzschuljahren in Kraft.

BS: Wer seine Schüler während der Kurzschuljahre auf ein Examen vorzubereiten hat, muss die Gewissheit haben, dass die höhere Schule das reduzierte Können und Wissen der Prüflinge auch wirklich berücksichtigt, auch nach dem Examen, während dem Provisorium und weiterhin. Welche Gewähr kann geboten werden, dass dies auch wirklich geschehen wird?

U. K.: Die entsprechenden Weisungen, die klar und deutlich verlangen, dass auf die besondere Situation Rücksicht genommen wird, sind bereits in Arbeit, z. B. erwartet man vermehrte Kontakte zwischen der Lehrerschaft der einzelnen Schultypen und möchte besonders auch auf die Möglichkeit der Verlängerung von Probezeiten hinweisen. Im übrigen werden die Inspektoren vermehrt zum Rechten zu schauen haben.

BS: Wir wissen, dass vor allem viele Lehrerinnen sehr besorgt sind, die Kleinen, umso mehr als sie ja jünger als wie bis dahin in die Schule eintreten werden, könnten überfordert werden. Ist ihre Besorgnis nicht berechtigt?

U. K.: Die jüngsten Kinder, die während der drei Übergangsjahre in die Schule einzutreten haben, werden höchstens zwei Monate jünger sein als wie es gegenwärtig der Fall ist. Im übrigen gelten die Möglichkeiten einer Rückstellung weiterhin. Die Bedenken der Lehrerinnen können wir insofern zerstreuen, als doch festzustellen ist, dass die Klassengrössen gegenüber den gegenwärtigen um 7 bis 20 % reduziert sein werden, was eine individuellere Arbeit mit den Schülern ermöglicht. Auch möchte ich noch einmal auf das gekürzte Stoffpensem hinweisen. Ich stelle mir vor – selber bin ich ja auch Lehrer gewesen –, dass auch im Kurzschuljahr in den Schulstunden in genau gleicher Art gearbeitet wird wie bisher. Man kann doch von den Kin-

dern nicht mehr verlangen, als was ihrer Entwicklung und ihren Fähigkeiten entspricht.

BS: Es wird vermehrte Zusammenarbeit unter der Lehrerschaft und gegenseitige «Kontrolle» nötig sein. Und vielleicht werden die Inspektoren jetzt den Allzu-eifrigen vermehrt «auf die Finger schauen» müssen, dass sie in den Forderungen an die Schüler nicht zu weit gehen, oder anders gesagt, dass der Lehrplan eingehalten wird. – Nun, uns ist die Antwort auf folgende Frage noch wichtig: *Weiss man heute bereits, wann die Volksabstimmung stattfinden kann?*

U. K.: Sie wird voraussichtlich am 22./23. April stattfinden. Wir hoffen, der Lehrerschaft bis Ende März 1972 die gekürzten Lehrpläne zustellen zu können. Aber auch wenn dies nicht möglich wäre, kann man doch sicher auf allen Stufen ruhig die ersten zwei bis drei Monate Schule halten wie bisher.

BS: Eine letzte, zusätzliche Frage: Sie haben uns mitgeteilt, was sich im Dekretsentwurf, wie wir ihn kannten, geändert hat. Wird auch am Gesetzesentwurf etwas geändert?

U. K.: Ja. Wenn wir ihn durchgehen, können wir folgende Änderungen feststellen:

- Die Amts dauer beginnt am 1. August (bisher 15. August) und endet dementsprechend mit dem 31. Juli (14. August). Demissionen und Wahlen haben auf diese Termine zu erfolgen. Selbstverständlich gilt weiterhin auch der 1. Februar bzw. 31. Januar. Sowohl bei Stellenwechsel wie bei Rücktritt vom Lehramt muss drei Monate vor den genannten Daten gekündigt werden (alte Lösung: zwei Monate bei Stellenwechsel und drei Monate bei Rücktritt vom Lehramt).
- Wenn es bis dahin hieß «für Berggebiete», so heisst es jetzt neu: «Auf Gesuch hin kann die Erziehungsdirektion bei Vorliegen besonderer Verhältnisse die Unterrichtszeit ausnahmsweise auf 36 Wochen herabsetzen.» Es braucht sich also nicht ausschliesslich um Bergschulen zu handeln.
- Der Begriff Wochenstunde ist ersetzt worden durch Wochenlektion.
- Über Weihnachten/Neujahr ist wenigstens je eine Woche Ferien anzusetzen. Zwischen Schuljahresbeginn und Weihnachten sind in der Regel zwei Wochen, wenigstens aber eine Woche Ferien anzusetzen.

Weitere wichtige sachliche Änderungen am Gesetzestext wurden nicht angebracht.

*

Das Gespräch fand am 18. Januar 1972 im Büro unseres ehemaligen Kollegen Urs Kramer, nun Vorsteher der Abteilung Unterricht der Erziehungsdirektion, statt. Wir danken herzlich dafür.

H. A. / F. B.



Chemiekurs

Durchführende Stelle

Anorganisch-chemisches Institut der Universität Bern (Prof. Dr. P. W. Schindler)

Zeit und Ort

Wochenkurs 10. bis 15. April 1972, Laboratorium des anorganisch-chemischen Institutes, Extension, Länggass-Strasse 7, Bern

Arbeitsprogramm

Behandlung einiger aktueller Gebiete der anorganischen Chemie in Vorlesung und praktischen Übungen

Beispiele vorgesehener Themen:

- Sauberes und verschmutztes Wasser (einfache Methoden zur Wasseruntersuchung)
- Ionenaustausch in Natur und Technik (Innenaustausch im Boden, Wasserenthärter, Wasserentsalzung)
- Batterien, galvanische Elemente
- Einfache Synthesen für das Schülerlabor
- Einfache Analysen für das Schülerlabor
- Unsere Lebensmittel (einfache Versuche zur Charakterisierung und Beurteilung von Lebensmitteln)

Tagesprogramm

09–10: Einführung

10–13: Praktische Arbeit im Labor

13–14: Gemeinsamer Lunch im Institut

14–16: Fortsetzung der praktischen Arbeit

16–17: Kolloquium, Diskussion

Kurskosten

Fr. 15.– pro Teilnehmer (Material)

Anmerkungen, Anmeldung

3. Kursdurchführung. Die Teilnehmerzahl ist wegen der Laborarbeit auf 24 beschränkt. Nur noch 8 Plätze frei, darum möglichst baldige Anmeldung ratsam, spätestens bis 20. Februar 1972 an das Kurssekretariat BLV, H. Riesen, 3137 Gurzelen, Tel. 033 45 19 16.

L'Ecole bernoise

Le début de l'année scolaire en automne doit-il affaiblir la SEB?

L'opinion publique se préoccupe vivement des modifications de loi qui permettront la coordination scolaire, ainsi que du décret d'application qui assurera le passage du début de l'année scolaire à l'automne. On suit avec une attention particulière toutes les déclarations du corps enseignant sur ce sujet, et la presse en tire des commentaires critiques. Les associations d'enseignants, et

tout spécialement la SEB, se trouvent mises à l'épreuve, – et beaucoup de choses dépendent de l'issue de cette épreuve. Il y aurait danger à ne pas s'en tirer avec honneur. Et pourtant, les premières réactions provoquées par la publication des projets de loi et de décret montrent que, dans la fièvre du combat, on tient peu compte de la prudence qui serait raisonnable en matière de politique corporative. Des sections et des collègues votent, à l'intention de la presse ou des instances publiques, des résolutions qui donnent l'impression de refléter l'opinion du corps enseignant dans son ensemble.

Si une telle manière de faire devait être de règle lors des débats qui précéderont le vote, toute prise de position du Comité cantonal serait par avance dévalorisée; et l'opinion publique sera persuadée que les organes directeurs de la Société des enseignants ne sont pas pris au sérieux par leurs administrés. Nous aurons tous à supporter, dans les circonstances les plus diverses, les conséquences d'une telle situation.

C'est pourquoi nous adressons la requête suivante à tous ceux qui veulent participer à la discussion: réfléchissez au problème, livrez vos réflexions et critiques, mais faites-le dans le cadre de notre société; ne désavouez pas le Comité cantonal devant l'opinion publique. Nous avons besoin de telles prises de position, quand elles s'expriment dans un délai utile, et nous en sommes reconnaissants. De l'impression que fait la SEB dans des circonstances comme celle-ci, de l'autorité que le corps enseignant gagne ou perd, dépendra pour longtemps le succès de nos revendications.

Fritz Zumbrunn
président du Comité cantonal

Kurt Vögeli
président du Comité directeur

Cours de perfectionnement du corps enseignant jurassien

Pour une meilleure protection de l'enfance et de l'adolescence

La *Commission jurassienne des cours de perfectionnement*, présidée par M. *Charles Hirschi*, avait inscrit en tête de son programme d'activité une journée d'information sur la protection de l'enfance et de l'adolescence.

Elle avait fait appel à un conférencier qualifié, Me *Michel Girardin*, avocat des mineurs à Moutier. Par des exemples tirés de la pratique quotidienne, il sut mettre en évidence le rôle du corps enseignant au niveau de la prévention des délits, de l'enquête judiciaire, et du patronage de la jeunesse inadaptée.

Commencé à Porrentruy le 11 janvier, le cycle des causeries s'est achevé le 27 janvier à Bienne. Précisons que les cours organisés par la nouvelle Commission débuteront effectivement au printemps prochain, après l'entrée en fonction de M. *Willy Jeanneret*, directeur du Centre de perfectionnement jurassien.

Du nettoyage des forêts aux travaux dans les hôpitaux

Au début de son exposé, Me Girardin, avocat des mineurs du Jura, rappela les principes fondamentaux du Code civil et du Code pénal concernant la tutelle. Puis il énonça quelques généralités qu'il importe de connaître:

- *L'autorité tutélaire doit intervenir dès que l'enfant est en danger ou moralement abandonné. Il n'est nullement besoin d'attendre une plainte, ainsi qu'on le pense trop souvent.*
- *Le juge doit prendre les mesures éducatives appropriées avant de prononcer toute sanction. Celles-ci comprennent:*
 1. *la liberté surveillée;*
 2. *le placement dans une famille digne de confiance ou dans un foyer de jeunes;*
 3. *le placement en maison d'éducation.*
- *Les sanctions vont de la simple mise en garde à la détention, en passant par la réprimande, voire l'amende. Les arrêts*

scolaires, prévus par la loi, ne sont jamais ordonnés parce que inapplicables et antipédagogiques.

- *Le juge a la possibilité de renoncer à toute sanction si les parents ont déjà puni les enfants ou s'il s'est écoulé plus de trois mois depuis l'infraction.*

Ajoutons qu'une nouvelle loi, en préparation, prévoit des activités au service de la communauté: travaux dans les hôpitaux, nettoyage des forêts pendant les après-midi ou jours de congé, obligation de participer à des cours d'éducation routière en cas de violation de la loi sur la circulation.

Anachronisme et folklore

Puis Me Girardin précisa le rôle de l'autorité tutélaire, en l'occurrence le Conseil municipal. Il reconnut d'emblée que ladite autorité «ne fait pas son travail, en l'espèce parce qu'elle n'est pas en mesure de le faire». C'est le maire qui est compétent pour prendre des décisions immédiates, et non pas le responsable des œuvres sociales de la commune.

Abordant les fonctions de l'avocat des mineurs, le conférencier définit son triple rôle:

1. *Juge d'instruction: il mène l'enquête.*
2. *Juge de jugement: il prend seul les décisions.*
3. *Juge d'exécution: il exerce la surveillance des enfants placés.*

C'est dire que tout passe par ses services, de la contravention pour infraction au code de la route jusqu'à la détention d'un an au maximum. Mais les cas les plus difficiles à résoudre ne sont pas ceux qui ont trait aux délits.

De l'avis de Me Girardin, «la fonction de l'avocat des mineurs est anachronique, c'est du folklore». Il convient de créer des tribunaux spécialisés et des organisations de protection de la jeunesse. Les perspectives d'avenir sont des plus favorables: si le peuple accepte, cette année encore, les modifications constitutionnelles concernant la délinquance juvénile, elles pourront entrer en vigueur en 1973.

Une procédure délicate: l'enquête

Analysant la procédure en cas de plainte, Me Girardin devait fournir d'utiles précisions à son auditoire:

- *Le corps enseignant n'est pas obligé de signaler les délits; c'est le rôle de la Commission d'école.*
- *Le maître ne doit pas se substituer à la police et à l'autorité judiciaire pour mener une enquête.*
- *Si l'enquête a lieu à l'école, c'est pour que les mineurs soient entendus en dehors de la présence des parents, ceux-ci risquant de fausser l'information.*
- *L'avocat des mineurs n'a pas à demander l'autorisation des parents pour l'audition des prévenus.*
- *Il n'est pas permis aux agents de la police cantonale en uniforme d'interroger les enfants; la police locale n'est pas compétente pour procéder aux interrogatoires.*
- *Le gendarme n'a pas le droit de quérir les enfants en classe; il doit demander au maître d'appeler discrètement l'enfant au corridor. En principe, l'enfant devrait être interrogé par deux agents, ce qui n'est pas souvent réalisable dans la pratique.*
- *L'agent n'a pas l'obligation de motiver son interrogatoire au maître. En revanche, il doit informer les parents de la nature du délit. Les précisions sont fournies exclusivement par l'avocat des mineurs. Les parents n'ont accès au dossier qu'après la clôture de l'enquête.*

(Suite page 27)

Parlamentarische Eingänge Februar 1972 (Schulfragen)

(Numerierung gemäss amtlicher Liste, amtliche Übersetzung)

Motionen

4. *Buchs (Unterseen) + 17 vom 22. 11. 71 (Volkswirtschaftschaft): Dezentralisierung der Gewerbeschulen*

Nachdem in den letzten Jahren erfreulicherweise regionale Gymnasien und Seminare eröffnet wurden und der Gedanke der regionalen Bildungszentren an Boden gewann, müssen wir leider bei den Gewerbeschulen, insbesondere in Interlaken, das Gegenteil feststellen. So wird beispielsweise in Erwägung gezogen, die Maler- und Spenglerfachkurse von Interlaken nach Thun zu verlegen, wodurch die betr. Jünglinge und Töchter mit wesentlich längeren Reisezeiten und Spesen belastet werden. Dasselbe ist auch für Automechaniker und Sanitärrinstallateure geplant.

Wir wenden uns im Oberland mit aller Entschiedenheit gegen diese ständig zunehmende Tendenz zu vermehrter Zentralisation, und zwar auch auf Grund nachfolgender Überlegungen:

- Die Qualität einer Berufsschule (und auch jeder andern Schule) hängt nicht von ihrer Grösse ab.
- Allzuweit gehende Zentralisationsbestrebungen im beruflichen Bildungswesen vertragen sich schlecht mit der postulierten Wirtschaftsförderung in den Randgebieten...

Der Regierungsrat wird deshalb ersucht, alle Massnahmen ins Auge zu fassen, die geeignet sind, eine allzu weitgehende Zentralisation im beruflichen Bildungswesen zu verhindern, wenn nötig auch durch eine Revision des Berufsbildungsgesetzes oder der entsprechenden Ausführungserlasse.

5. *Burri (+ 8) vom 23. 11. 71 (Erziehung): Psychologisches Institut der Universität Bern*

Der Regierungsrat wird beauftragt, die notwendigen Schritte zu unternehmen, damit unverzüglich die unhaltbaren Zustände am Psychologischen Institut der Universität behoben werden können, insbesondere:

- Es sind die räumlichen und personellen Voraussetzungen für geregelte Lehre zu schaffen.
- ...
- Es sind auf die Zukunft hin Massnahmen zu ergreifen, die die Einführung einer Zulassungsbeschränkung vermeiden lassen.

Postulate

7. *Dr. Deppeler (+ 21) vom 20. 9. 71 (Erziehung): Sekundarlehrermangel*

Am 24. August 1971 hat die Erziehungsdirektion sich in einem Rundschreiben zum gravierenden Sekundarlehrermangel im Kanton Bern geäussert. Die in Aussicht genommenen Notmassnahmen sind sicher nicht hinreichende Mittel, um der schwierigen Lage Herr zu werden.

Interventions parlementaires, février 1972 (Problèmes scolaires)

(numérotées selon la liste officielle; traduction officielle)

Motions

4. *Buchs (Unterseen) du 22. 11. 71 (Economie publique): Décentralisation des écoles d'arts et métiers*

Avec l'ouverture, ces dernières années, de gymnases et d'écoles normales, l'idée de centres régionaux de formation avait gagné du terrain; hélas! nous devons constater le contraire en ce qui concerne les écoles des arts et métiers, en particulier celle d'Interlaken:

Ainsi p. ex. on envisage de déplacer d'Interlaken à Thoune les centres de formation pour peintres en bâtiment et ferblantiers; ce changement entraîne, pour les jeunes gens et les jeunes filles concernés, des déplacements toujours plus longs et des frais toujours plus considérables. On prévoit de mettre au même régime les mécaniciens sur autos et les monteurs d'installations sanitaires.

Dans l'Oberland, nous nous opposons avec toute notre énergie contre cette tendance toujours croissante vers la centralisation, en particulier pour les raisons suivantes:

- la qualité d'une école des arts et métiers (et aussi de toute autre école) ne dépend pas de sa grandeur;
- les efforts excessifs pour centraliser la formation professionnelle ne sont guère compatibles avec l'exigence d'une promotion économique des territoires limitrophes;...

... Le Conseil-exécutif est donc prié d'envisager toutes les mesures propres à prévenir une centralisation excessive en matière de formation professionnelle, au besoin par une révision de la loi sur la formation professionnelle, ou des dispositions d'exécution correspondantes.

5. *Burri (+ 8) du 23. 11. 71 (Instruction publique): Institut de psychologie de l'Université de Berne*

Le Conseil-exécutif est chargé d'entreprendre les démarches nécessaires pour remédier sans délai à la situation intenable qui accable l'Institut de psychologie de l'Université. Il faut en particulier:

- créer ou rétablir l'aménagement des locaux et le recrutement du personnel nécessaire pour organiser l'enseignement, la recherche et les études.
- prendre désormais des mesures propres à éviter l'introduction d'un numerus clausus.

Postulats

7. *Deppeler (+ 21) du 20. 9. 71 (Instruction publique): Pénurie de corps enseignant dans les écoles secondaires*

Le 24 août 1971, la Direction de l'instruction publique a publié une circulaire concernant la grave pénurie qui sévit dans le corps enseignant secondaire du canton de Berne. Les mesures d'urgence envisagées ne suffiront certainement pas à maîtriser la situation. Si l'on veut être assuré du succès à longue échéance, il faut surtout déployer des efforts dans deux sens:

Langfristig besehen sind vor allem zwei Bestrebungen erfolgsträchtig:

1. Die Zahl der Sekundarlehrer ist zu erhöhen. Nicht nur finanzielle, sondern auch sozialpsychologische Gründe tragen dazu bei, dass die Lehrertätigkeit für viele unattraktiv wird. Es müssen nicht nur mehr junge Leute ermutigt werden, diesen Beruf zu ergreifen, sondern es ist auch der Abwanderung in andere Berufe und Kantone zu steuern. Der Regierungsrat wird ersucht, alle Massnahmen zu treffen, die den Anreiz, die Lehrerlaufbahn einzuschlagen und ihr treu zu bleiben, zu steigern vermögen.
 2. Das besonders im deutschen Kantonsteil ohnehin überladene Lehrpensum der Sekundarschüler ist abzubauen...
- ... Der Regierungsrat wird ersucht, die Bestrebungen zur Reduktion der Schülerwochenstunden auf Sekundarschulstufe zu intensivieren.

11. Dr. Sutermeister vom 9. 11. 71: (Volkswirtschaft) Obligatorium des Lehrlingsturnens

An der Tagung der SLL erklärte kürzlich Bundesrat Gnägi, dass «der Dienst am Sport der Dienst an der körperlichen und geistigen Gesundheit unseres Volkes» sei. Zugleich bedauerte er das schwindende Leistungsvermögen unserer Jugend. Auch Oberfeldarzt Dr. Käser bedauerte, dass 13,7% der Stellungspflichtigen bei der Rekrutenaushebung 1967 Veränderungen der Wirbelsäule aufwiesen. Im Jahre 1962 waren es noch 5%, und 1952 bloss 2,3% gewesen! Nur 60% der männlichen und 12% der weiblichen Jugend waren zuvor in den Genuss eines ordentlichen 2- bis 3stündigen wöchentlichen Turnbetriebes gekommen. Haltungsschäden sind heute ein Hauptgrund zur Ausmusterung. Leider erklärte der Bund z. B. das Lehrlingsturnen noch nicht für obligatorisch, überliess aber die Kompetenz, dieses «Freifach» obligatorisch zu erklären, den Kantonen...

... Deshalb möchten wir den Kanton ersuchen, schrittweise ein Obligatorium des Lehrlingsturnens speziell in den grösseren Städten einzuführen, oder diesen Stadtgemeinden die dazu gehörige Kompetenz zu übertragen.

17. Michel (Meiringen) + 24 vom 23. 11. 71 (Finanz): Besoldungsrevisionen beim Bund, Kanton und der Stadt Bern

Die Unterschiede der Besoldungen des Personals der Zentralverwaltung des Bundes, des Kantons und der Stadt Bern führen zu unliebsamer gegenseitiger Abwerbung von Arbeitskräften. Deshalb tendieren alle drei Arbeitgeber (über das zeitraubende Procedere der Parlamentsbeschlüsse) immer wieder zum Angleichen ihrer Anstellungsbedingungen (TZ, Herbstzulage, 13. Monatslohn usw.).

Damit dieses störende und eigentlich unnötige Konkurrenzverhältnis nicht dauernd aufrecht erhalten bleibe, wird der Regierungsrat ersucht, den Bund und die Stadt Bern einzuladen, bei allen kommenden Besoldungsrevisionen deren Zeitpunkt, sowie die Löhne der untern Klassen bis zum mittleren und obern Kader so gut als möglich zu harmonisieren.

Interpellationen

18. Etique vom 11. 5. 71 (Erziehung): Ausbildung von behinderten Kindern

Am 8./9. Mai fand in Delsberg eine Tagung der Schweiz. Vereinigung der Elternvereine für geistig Behinderte statt.

1. Augmenter le nombre des maîtres secondaires. Pour beaucoup, le métier d'enseignant a perdu de son attrait pour des raisons matérielles aussi bien que pour des causes relevant de la sociopsychologie. Il ne suffit plus d'encourager un plus grand nombre d'adolescents à embrasser cette carrière, il faut aussi contrôler et régler le passage à d'autres professions et l'«émigration» vers d'autres cantons. Le Conseil-exécutif est prié de prendre toutes les mesures propres à augmenter l'attrait de la profession et à inciter les enseignants à y rester attachés.

2. Alléger le programme, de toute façon surchargé, des élèves du degré secondaire, notamment dans la partie alémanique du canton...

... Le Conseil-exécutif est prié d'activer les efforts tendant à une réduction de l'horaire hebdomadaire des élèves.

11. Sutermeister du 9. 11. 71 (Economie publique): La gymnastique pour apprentis, branche obligatoire

Lors de la séance de l'ANEP, le conseiller fédéral Gnägi a déclaré récemment que «pratiquer le sport, c'est sauvegarder la santé physique et morale de notre peuple». En même temps, il déplorait la diminution des performances de notre jeunesse. Le docteur Käser, médecin en chef de l'armée, lui aussi, regrettait de constater que 13,7% des conscrits présentaient, lors du recrutement, des déviations de la colonne vertébrale. En 1962, la proportion n'avait été que de 5% et, en 1952, de 2,3%! Auparavant, 60% seulement des jeunes gens et 12% des jeunes filles avaient bénéficié de 2 à 3 heures d'exercices de gymnastique hebdomadaires dans un établissement ad hoc. Aujourd'hui, la plupart des «réformés» le sont à cause de déficiences dues à une mauvaise tenue. Malheureusement, la Confédération n'a pas encore déclaré obligatoire p. ex. la gymnastique pour apprentis; elle a laissé aux cantons la compétence de rendre obligatoire cette discipline « facultative »...

... Aussi voudrions-nous inviter le canton à introduire progressivement la gymnastique comme branche obligatoire en particulier dans les grandes villes, ou à déléguer à ces communes urbaines la compétence y relative.

17. Michel (Meiringen) + 24 du 23. 11. 71 (Finances): Révision des traitements du personnel de la Confédération, du canton et de la ville de Berne

Les différences de traitement entre le personnel de l'administration centrale de la Confédération, celui du canton et celui de la ville de Berne conduisent les employeurs à s'arracher mutuellement la main-d'œuvre par de mesquines manœuvres de recrutement. C'est pourquoi les trois employeurs – par le long acheminement des décisions parlementaires – tendent toujours davantage à ajuster leurs conditions d'engagement (allocations de renchérissement, allocation d'automne, 13^e mois de salaire, etc.).

Pour éviter que s'éternise cette situation concurrentielle gênante et à vrai dire superflue, le Conseil-exécutif est prié d'inviter la Confédération et la ville de Berne à harmoniser le mieux possible, lors de toutes les prochaines révisions de traitements, aussi bien les salaires des classes inférieures que ceux des cadres moyens et supérieurs.

Interpellations

18. Etique du 11. 5. 71 (Instruction publique): Education des enfants handicapés

La Fédération suisse des associations de parents de handicapés mentaux a tenu ses assises les 8 et 9 mai à Delémont

Aus den Verhandlungen ging hervor, dass das Kind, so behindert es auch sein mag, erziehbar ist, und dass diese Erziehung in erster Linie dem Erziehungswesen, und nicht dem Amt für Sozialversicherung obliegen sollte. U. E. wäre die Übernahme der behinderten Kinder durch das Erziehungswesen nicht nur recht und billig, sondern es könnte dadurch für die Lösung der Aufgaben, die an die Erziehung behinderter Kinder und die Ausbildung des Fachpersonals gestellt werden, nach rationelleren Möglichkeiten gesucht werden...

... Der Regierungsrat wird deshalb gebeten, sich über diese wichtige Frage zu äussern.

19. *Würsten (+ 6) vom 9. 9. 71 (Finanz): Nachzahlungen der Bernischen Lehrerversicherungskasse für das Personal angeschlossener Betriebe*

... Der Regierungsrat hat bei der Beantwortung der Interpellation Rohrbach vom 15. 2. 71 offenbar gehofft, dass die Lehrerversicherungskasse sich der für das Staatspersonal, die Lehrerschaft und die Rentenbezüger getroffenen Regelung, nämlich Verzinsung des fehlenden Deckungskapitals an Stelle der Einzahlung dieses Kapitals, für das Personal der angeschlossenen Betriebe anschliesse werde. Bisher ist dies jedoch nicht geschehen...

... Der Regierungsrat wird deshalb um Auskunft ersucht, ob er bereit ist, der Lehrerversicherungskasse das verlangte Deckungskapital zu leisten oder ob er aus finanziellen Gründen auf der Verzinsung des fehlenden Deckungskapital beharren muss. Welche Schritte unternimmt der Regierungsrat, wenn die Lehrerversicherungskasse die letztere Lösung ablehnt?...

21. *Dr. Sutermeister vom 11. 11. 71 (Gesundheit): Bekämpfung der Rauschgiftsucht*

Die neuesten Vorkommnisse beim Berner Jugendzentrum, wo der Leiter selber gastierende «Musiker» mit Haschisch versorgte, weil er angeblich ihre übersetzte «Gage» sonst nicht bezahlen konnte, werfen ein grelles Schlaglicht auf die langsam, aber sicher fortschreitende Wohlstandsverwahrlosung unserer Jugend, aus der wir, z. T. aus politischen Gründen, «heilige Kühe» gemacht haben...

... 1968 kamen in Bern nur 50 Fälle zur Anzeige, 1969 waren es schon 500 und 1970 2300!

Unsere Frage: Wie gedenkt der Regierungsrat diese vom Ausland importierte, vielfach mit politischem Extremismus verquicke Verseuchung unserer Jugend aufzuhalten? Wollen wir warten, bis wir, wie Deutschland, 60 000 dauerinvaliden jugendliche Rauschgiftopfer haben, da erfahrungsgemäss 98 % der Haschischkonsumenten von vornherein unheilbar sind? Eine Elterngeneration, die ihrer Jugend als «totale Konsumentengesellschaft» kein Nein mehr sagen kann, gibt sich selber auf.

Es wird Dringlichkeit verlangt. (Nicht gewährt.)

31. *Golowin (+ 3) vom 23. 11. 71 (Erziehung): Zusammensetzung der Literaturkommission*

Herr Prof. H. Zbinden, heute selig, erzählte im Berner Schriftsteller-Verein nach seinem Rücktritt aus der «kantonalen», für die Verleihung der «Literaturpreise» zuständigen Kommission, dass diese «Kommission» «mehr oder weniger» aus einer Gruppe entstand, die zur Förderung eines Freundeskreises gegründet worden war. Seit diesen fast schon legendären v.-Tavel-Zeiten habe sie sich dann «stets aus sich selber ergänzt»...

Il est ressorti des débats que l'enfant, si handicapé soit-il, est éducable et que cette éducation devrait dépendre en premier lieu de l'Instruction publique et non de l'Office des assurances sociales.

A notre avis, la prise en charge de l'enfance handicapée par l'Instruction publique serait non seulement un acte de justice et d'équité, mais elle conduirait à rechercher une solution plus rationnelle aux problèmes que posent l'éducation de l'enfance handicapée et la formation du personnel spécialisé...

Aussi nous demandons au Conseil-exécutif d'exprimer son opinion sur ce problème important.

19. *Würsten (+ 6) du 9. 9. 71 (Finances): Prestations supplémentaires de la caisse de pension du corps enseignant au personnel d'établissements affiliés*

...

Dans sa réponse à l'interpellation Rohrbach du 10 février 1971, le gouvernement a exprimé l'espérance que la CACEB adopterait, pour le personnel des établissements affiliés, la réglementation prévue pour le personnel de l'Etat, le corps enseignant et les bénéficiaires de rentes, à savoir la prise en charge des intérêts sur le découvert technique au lieu du paiement du capital de couverture. Mais tel n'a pas été le cas jusqu'à présent...

... Nous prions donc le Conseil-exécutif de nous dire s'il est disposé à fournir à la CACEB le capital de couverture demandé ou si, pour des raisons financières, il doit persister dans son attitude et se borner à prendre en charge les intérêts du découvert technique. Quelles démarches le gouvernement entreprendra-t-il si la CACEB rejette la dernière solution?...

21. *Sutermeister du 11. 11. 71 (Hygiène publique): Lutte contre la toxicomanie*

Les derniers incidents survenus dans le Centre de la jeunesse bernoise, dont le responsable en personne paya en haschisch les gages exorbitants des «musiciens» qu'il avait accueillis sous prétexte qu'il lui était impossible de les rétribuer autrement, jettent une clarté aussi brutale qu'aveuglante sur le laisser-aller qui, conséquence de la prospérité, avilit notre jeunesse et dont nous avons, en partie pour des raisons politiques, fait notre «vache sacrée»...

... En 1968, le nombre des cas signalés à Berne était de 50, en 1969, de 500 pour s'élever à 2300 en 1970!

Notre question: par quel moyen le Conseil-exécutif se propose-t-il de conjurer cette infection importée de l'étranger et amalgamée de diverses manières aux vues de la politique extrémiste? Pour agir, voulons-nous donc attendre de compter, comme l'Allemagne, 60 000 jeunes victimes de la drogue condamnées à trainer une invalidité durable puisqu'aussi bien, d'après les données de l'expérience, 98 % des consommateurs de haschisch sont d'emblée incurables? Une génération de parents qui, «société totale de consommateurs», ne sait plus dire non à sa progéniture, se répudie elle-même.

L'urgence est demandée (refusée).

31. *Golowin (+ 3) du 23. 11. 71 (Instruction publique): Composition de la commission littéraire*

Après avoir donné sa démission à la commission cantonale compétente pour l'attribution des «prix de littérature», feu le professeur H. Zbinden avait dit, lors d'une séance de l'Association des écrivains bernois, que cette

... Nun stellt sich die Frage nach der Möglichkeit einer echten Kulturförderung ohne stets fragwürdige «Bewertungen» nach dem Geschmack (oder der Prestigepolitik) einer bestimmten Richtung.

Die Regierung ist aufgefordert, als Voraussetzung zu einer solchen zeitgemässen Förderung, die Frage zu prüfen, inwiefern die ganze kulturtragende Öffentlichkeit einen Einfluss auf die Zusammensetzung der Literaturkommission zu nehmen vermag.

32. *O. W. Christen vom 23. 11. 71 (Erziehung): Führung und Organisation der bernischen Stadt- und Hochschulbibliothek*

Führung und Organisation der Bernischen Stadt- und Hochschulbibliothek lassen seit einiger Zeit zunehmend Mängel und Schwierigkeiten erkennen und werden den Anforderungen an einen modernen Bibliotheksbetrieb je länger desto weniger gerecht, so dass die zeitgemässen Erfüllung der wichtigen Aufgaben dieser Bibliothek leider etwas in Frage gestellt erscheint.

Der Regierungsrat wird deshalb um Auskunft ersucht, auf welche Weise und in welcher Richtung er seinen Einfluss angesichts der nicht geringen Beiträge des Kantons (Budget 1972 Fr. 1 351 000.–) auszuüben gedenkt, um der Leitung der Bibliothek die erforderlichen fortschrittlichen Impulse zu geben.

36. *Villard (+ 7) vom 23. 11. 71 (Polizei): Erziehungsheim Tessenberg*

Nach dem Bericht einer Gruppe junger Leute aus Basel ergibt sich, dass für einen Teil der Insassen des Erziehungsheims Tessenberg die Arbeitsbedingungen wenig befriedigen und sich nicht nach den Vorschriften ihres Arbeitsvertrages richten. Sollten die im vorliegenden Fall geltenden Bestimmungen (Art. 31) nicht auch bei den Insassen des Erziehungsheims befolgt werden?...

... Der Bericht der jungen Basler kommt zu ganz andern Schlüssen als die Kommission Kopp. Wäre es nicht der Mühe wert, die ganze Sache wieder aufzugehen und ein auf eindeutig modernen Begriffen geprägtes und an einem günstigeren Ort gelegenes Erziehungsheim vorzusehen? Die Vorschläge der Kommission dürften kaum befriedigen, denn im Grunde genommen scheinen sie an den Verhältnissen der Jugendlichen des Erziehungsheims nichts zu ändern.

Schriftliche Anfragen

38. *Stauffer (Biel) vom 15. 11. 71 (Volkswirtschaft): Schülerstreik in der Kunstgewerbeschule Biel*

Seit Donnerstagmorgen der letzten Woche befinden sich die Schüler der Kant. Kunstgewerbeschule im Streik. Anlass dazu ist der Ausschluss einer Schülerin aus disziplinarischen Gründen. Die Schulleitung stellte den Streik verschiedentlich als Werk einzelner Scharfmacher und Drahtzieher sowie als unbegründete Meuterei dar. Dies erscheint in Anbetracht der quasi hundertprozentigen Beteiligung der Schülerschaft einigermassen fragwürdig. Demgegenüber machen die streikenden Schüler geltend, dass einerseits beim Ausschluss der betr. Schülerin Unregelmässigkeiten und sogar Ungesetzlichkeiten vorkamen, anderseits dieser Ausschluss nicht die Hauptursache der Schülerrebellion, sondern lediglich der Tropfen, der das Fass langjähriger Schülerunzufriedenheit zum Überlaufen gebracht habe...

«commission» était «plus ou moins» le fruit d'un groupe fondé pour encourager la constitution d'un cercle d'amis; depuis cette époque presque déjà légendaire de von Tavel, elle se serait développée «en vase clos»...

... On peut se demander s'il est encore possible d'encourager la culture sans l'intervention continue de «valorisations» contestables, inféodées au goût (quand ce n'est pas la politique de prestige) de tendances déterminées. Le Conseil-exécutif est invité à examiner, comme condition de cette forme nouvelle du mécénat, si le grand public, porteur de valeurs culturelles, est capables d'exercer une influence sur la composition de la commission littéraire.

32. *O. W. Christen du 23. 11. 71 (Instruction publique): Gérance et organisation de la bibliothèque municipale et universitaire de Berne*

La gérance et l'organisation de la Bibliothèque municipale et universitaire bernoise trahissent depuis quelque temps des insuffisances et des difficultés croissantes et satisfont toujours moins aux exigences d'une bibliothèque moderne; aussi l'accomplissement des tâches importantes requises par les conditions actuelles semble-t-il malheureusement quelque peu mis en cause.

Le Conseil-exécutif est donc prié de faire savoir de quelle façon et dans quel esprit il entend exercer son influence pour donner à la direction de la Bibliothèque, compte tenu des subventions importantes du canton (budget 1972, 1 351 000 francs), l'impulsion nécessaire à l'essor de cet établissement.

36. *Villard (+ 7) du 23. 11. 71 (Police): Maison d'éducation de la Montagne de Diesse*

Selon un rapport établi par un groupe de jeunes Balois, après enquête, il appert que, pour une partie des pensionnaires de la Maison d'éducation de la Montagne de Diesse, les conditions de travail sont peu satisfaisantes et non conformes aux prescriptions du contrat de travail des adolescents. Les dispositions prévues en l'occurrence (art. 31) ne devraient-elles pas être observées également dans le cas des pensionnaires de la Maison d'éducation?...

... Le rapport d'une équipe de jeunes Balois aboutit à des conclusions fort différentes de celles de la commission Kopp. Ne vaudrait-il pas la peine de reprendre tout le problème et d'envisager une Maison d'éducation basée sur des conceptions résolument modernes et située en un lieu plus favorable? Les propositions de la Commission nous paraissent peu satisfaisantes car, fondamentalement, elles ne semblent modifier en rien la situation des jeunes de la Maison d'éducation.

Questions écrites

38. *Stauffer (Bienne) du 15. 11. 71 (Economie publique): Grève des élèves de l'école d'arts appliqués de Bienne*

Depuis jeudi dernier au matin, les élèves de l'école cantonale d'arts appliqués font la grève. L'occasion de cette grève est la mise à pied d'une élève pour des raisons de discipline. La direction de l'école a décrit la manifestation tantôt comme le fait d'extrémistes et de meneurs, tantôt comme une mutinerie injustifiée. Cette interprétation paraît quelque peu contestable étant donné la participation quasi générale des élèves à la grève. De leur côté, ceux-ci prétendent d'abord que la mise à pied de l'élève en question s'est accompagnée de procédés irré-

Ist die Regierung bereit, eine Untersuchung über die wirklichen Ursachen des Schülerstreiks zu unternehmen sowie festzustellen, welche Massnahmen vorzukehren sind, um zu garantieren, dass die von öffentlichen Geldern finanzierte Kantonale Kunstgewerbeschule ihren Zweck – die Ausbildung von Grafikern – in Zukunft ungestört erfüllen kann?

44. *Burri vom 23. 11. 71 (Erziehung): Zulassungsbeschränkung an der medizinischen Fakultät*

Unter der Nummer 2926 hat der Regierungsrat am 18. August 1971 unter «Festlegung der Planungsziele» für den Ausbau der Universität auf 8000 Studierende im Jahr 1980 u. a. beschlossen:

– An der Medizinischen und der Veterinär-medizinischen Fakultät wird die Zahl der Studienanfänger pro Jahr auf insgesamt 240 (exkl. Studierende der Pharmazie) beschränkt, wobei der Anteil der humanmedizinischen Richtung 180 nicht überschreiten darf...

... Der Regierungsrat wird hiezu um folgende Auskünfte gebeten:...

1....

... 5. Womit wird allenfalls die Beschränkung auf 160 Studenten pro Jahr an der Klinik begründet?...

... 8. Welche Möglichkeiten hat die Regierung geprüft, um auf anderem Wege die Nicht-Universitätskantone zur Solidarität zu zwingen, als auf dem Wege der Zulassungsbeschränkung, die offensichtlich auf Kosten der Generation der Studierenden geht?...

... 11. Schliesslich: Nach welchen Kriterien bzw. mit welchen Selektionsmethoden sollen die Studienanfänger allenfalls ausgewählt werden?

guliers, voire illégaux, ensuite que cette exclusion n'était pas la raison principale de la rébellion étudiante, mais seulement la goutte qui fit déborder le vase des mécontentements étudiants, accumulés pendant de longues années...

Le Conseil-exécutif est-il disposé à ouvrir une enquête sur les raisons authentiques de la grève et à fixer quelles mesures il convient de prendre pour permettre à l'école cantonale d'arts appliqués, établissement financé par les deniers publics, de remplir tranquillement sa mission, la formation de graphistes?

44. *Burri du 23. 11. 71 (Instruction publique): Limitation du nombre d'immatriculations à la faculté de médecine*

Dans son arrêté № 2926 du 18 août 1971, concernant l'«Etablissement des buts de la planification», le Conseil-exécutif, prévoyant un développement de l'Université suffisant pour abriter 8000 étudiants en 1980, a pris en particulier les décisions suivantes:

A la faculté de médecine et de médecine vétérinaire, le nombre d'immatriculations par an est limité à 240 au total (à l'exception des étudiants en pharmacie); le nombre des étudiants inscrits aux cours de médecine humaine ne doit pas dépasser 180...

... A ce sujet, le Conseil-exécutif est prié de répondre aux questions suivantes:

1. ...

... 5. Comment pourrait-on justifier cette proposition, en particulier la limitation à 160 du nombre d'immatriculations annuelles à la clinique?...

... 8. Quelles possibilités le gouvernement a-t-il examinées pour contraindre à la solidarité les cantons non universitaires autrement que par la limitation des immatriculations qui, manifestement, s'effectue aux dépens des volées d'étudiants?...

... 11. En conclusion: sur la base de quels critères ou par quelles méthodes faut-il sélectionner, le cas échéant, les nouveaux immatriculés?

Information et collaboration indispensables

Dans la dernière partie de son exposé, Me Girardin parla des droits des enfants et de la collaboration entre l'avocat des mineurs et le corps enseignant. Il définit ensuite les critères de placement, de surveillance et de patronage. Selon les conceptions actuelles, il s'agit surtout d'assis-

tance éducative, en particulier par le truchement de délégués bénévoles.

La discussion, très utilisée, et les multiples questions qui furent posées prouvent, si besoin était, qu'une telle journée d'information était non seulement souhaitable, mais indispensable.

Pierre Henry, Porrentruy

Redaktion: Hans Adam, Olivenweg 8, 3018 Bern/Postfach, Telephon 031 56 03 17.

Alle den Textteil betreffenden Einsendungen, ob für die Schweizerische Lehrerzeitung oder das Berner Schulblatt bestimmt, an die Redaktion.

Bestellungen und Adressänderungen an das Sekretariat des BLV, Brunngasse 16, 3011 Bern, Telephon 031 22 34 16, Postcheck 30-107 Bern.

Redaktor der «Schulpraxis»: H.-R. Egli, 3074 Muri bei Bern, Breichtenstrasse 13, Telephon 031 52 16 14.

Insertionspreis: 50 Rp. die einspaltige Millimeterzeile.

Annoncenregie: Orell Füssli-Annoncen AG, 3001 Bern, Zeughausgasse 14, Telephon 031 22 21 91, und übrige Filialen.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Prise d'envoyer ce qui concerne la partie rédactionnelle (y compris les livres) au rédacteur.

Pour les changements d'adresses et les commandes, écrire au Secrétariat de la SEB, Brunngasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16, chèques postaux 30-107 Berne.

Annonces: prix pour la ligne d'un millimètre, une colonne 50 ct.

Régie des annonces: Orell Füssli-Annonces S. A., 3001 Berne, Zeughausgasse 14, téléphone 031 22 21 91, et autres succursales.

Rédaction pour la partie française: Francis Bourquin, 5, chemin des Vignes, 2500 Bienne, tél. 032 2 62 54.

Impression: Eicher & Co., Case postale 1342, 3001 Berne.

Inhalt – Sommaire

Soll der Herbstschulbeginn den BLV schwächen?	19
Vorgeschlagen: 3 Kurzschuljahre	19
Kurssekretariat	21
Le début de l'année scolaire en automne doit-il affaiblir la SEB?	21
Pour une meilleure protection de l'enfance et de l'adolescence	22
Mitteilungen des Sekretariates	23
Communications du Secrétariat	23
Vereinsanzeigen – Convocations	28

Vereinsanzeigen – Convocations

Einsendungen für die Vereinsanzeigen in der Nr. 6 müssen spätestens bis *Freitag, 4. Februar, 7 Uhr* (schriftlich) in der Buchdruckerei Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern, sein. Dieselbe Veranstaltung darf nur einmal angezeigt werden.

Nichtoffizieller Teil – Partie non officielle

Berner Schulwarte – Beratungsstelle für das Schultheater. Beratungen finden statt: Samstag, 29. Januar, Mittwoch, 9. Februar, Samstag, 19. Februar und Mittwoch, 1. März 1972, jeweils von 14.00 bis 16.30, und zwar nicht mehr im 2. Stock, sondern im Sitzungszimmer (Soussol) der Schulwarte. Wir bitten dringend um *sofortige* Rücksendung aller noch ausstehenden Hefte.

Der Leiter der Berner Schulwarte

Orientierungsversammlung über Fragen zur Schulkoordination (Beitritt zum Konkordat – Herbstschulbeginn. Zeit: Samstag, 5. Februar, 15.00. Ort: Kirchgemeindehaus Matthäus, Reichenbachstrasse 112 (Parkplätze, 3 Min. von Station Tiefenau SZB). Referenten: Herr Keller, 1. Sekretär der ED; Herr R. Saurer, Lehrer, Bern. Veranstalter: 101. Promotion des Staatsseminars. Zu dieser Orientierung und der nachfolgenden Diskussion sind alle Interessenten freundlich eingeladen.

Lehrerturnverein Burgdorf. Montag, 31. Januar, 17.30 Gsteigehof. Lektion Unterstufe, anschliessend Spiel.

Technicum cantonal Bienne Ecole cantonale d'administration et des transports (ECAT)

Par suite du décès du titulaire, le poste de
**recteur et professeur
de l'Ecole cantonale d'administration
et des transports de Bienne**
est à repourvoir pour le **printemps 1972**.

Exigences

- a Formation universitaire complète (phil. I [langues, histoire], sciences de l'économie politique); professeur de gymnase ou formation équivalente.
- b Connaissance parfaite du français et de l'allemand.
- c Dons pédagogiques; capacité de diriger l'administration d'une école du degré moyen supérieur.

Nous offrons

activité intéressante et indépendante comme recteur d'une école bilingue.

Le cahier des charges

contenant tous les renseignements nécessaires peut être demandé, par écrit, au secrétariat du Technicum.

Les offres de service

manuscrites, accompagnées d'un curriculum vitae et des pièces à l'appui, sont à adresser, **jusqu'au 5 février 1972**, à la Direction du Technicum cantonal, rue de la Source 21, 2500 Bienne 3, tél. 032 243 68.

Technicum cantonal Bienne

Le directeur: C. Baour

Kantonales Technikum Biel Kantonale Verkehrs- und Verwaltungsschule

Infolge Ablebens des letzten Stelleninhabers ist die

Stelle eines Rektors und Lehrers der kantonalen Verkehrs- und Verwaltungsschule Biel

auf Frühjahr 1972 neu zu besetzen.

Erfordernisse

- a Abgeschlossenes Universitätsstudium (sprachlich-historischer oder wirtschaftswissenschaftlicher Richtung), Gymnasiallehrerpatent oder gleichwertiger Ausweis.
- b Zweisprachig (deutsch/französisch).
- c Pädagogisches Geschick und die Fähigkeit, eine Schule administrativ zu leiten.

Geboten wird

Interessante Lehrtätigkeit sowie vielseitiges und unabhängiges Wirken als Rektor, an einer zweisprachigen Schule und in einem angenehmen Arbeitsklima.

Das Pflichtenheft

wird Interessenten auf schriftliche Anfrage hin durch das Sekretariat des Technikums zugestellt.

Handschriftliche Bewerbungen

mit den notwendigen Unterlagen sind zu richten an die Direktion des Kantonale Technikums Biel, Quellgasse 21, 2500 Biel, Telefon 032 2 43 68.

Anmeldefrist

5. Februar 1972.

Kantonale Technikum Biel

Der Direktor:
C. Baour

Für eine gute Werbung Schullblatt-Inserrate

L'Ecole de langue française de Berne
met au concours un poste de
maîtresse primaire

Traitements et caisse de pension selon dispositions valables pour le corps enseignant officiel du canton de Berne.

Entrée en fonction: 1^{er} avril 1972
(éventuellement 15 août 1972).

Les candidates sont priées d'adresser leurs offres de services à M. A. Hay, président du Conseil de fondation, Mayweg 7, 3007 Berne, avant le 6 février 1972.

